

Schriften zum Prozessrecht

Band 304

**Die institutionelle Stellung
des Staatsanwalts im Strafverfahren
und deren Auswirkung auf
die Möglichkeit der Befangenheit**

Von

Hendrik Philipp Nowak



Duncker & Humblot · Berlin

HENDRIK PHILIPP NOWAK

Die institutionelle Stellung des Staatsanwalts im Strafverfahren
und deren Auswirkung auf die Möglichkeit der Befangenheit

Schriften zum Prozessrecht

Band 304

Die institutionelle Stellung des Staatsanwalts im Strafverfahren und deren Auswirkung auf die Möglichkeit der Befangenheit

Von

Hendrik Philipp Nowak



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
hat diese Arbeit im Jahre 2023 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2024 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 0582-0219
ISBN 978-3-428-19274-8 (Print)
ISBN 978-3-428-59274-6 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

In meiner Dissertation untersuche ich die Rolle des Staatsanwalts im deutschen Strafprozesssystem und deren Auswirkung auf die Möglichkeit der Befangenheit.

Die Staatsanwaltschaft wird oft als „objektivste Behörde der Welt“ bezeichnet, da sie gemäß § 160 Abs. 2 StPO verpflichtet ist, sowohl belastende als auch entlastende Umstände zu ermitteln. Können Staatsanwälte gewährleisten, ihre Amtsausübung stets objektiv vorzunehmen und was passiert, wenn Staatsanwälte ihre Amtsführung nicht objektiv ausüben? Diese Fragestellung bildet den Kern meiner Untersuchung. Trotz der gesetzlichen Vorgaben für andere Verfahrensbeteiligte, fehlen klare Regelungen, die eine Befangenheit des Staatsanwalts thematisieren. Diese Lücke im Gesetz ist seit Jahrzehnten Gegenstand intensiver Diskussionen in Literatur und Rechtsprechung, jedoch ohne zufriedenstellende Lösungen.

Die vorliegende Arbeit beleuchtet zunächst den aktuellen Meinungsstand und die verschiedenen Ansätze zur Annahme der Befangenheit. Dabei wird sowohl die historische Entwicklung der Staatsanwaltschaft als auch ihre heutige verfassungsrechtliche Einordnung analysiert. Ein besonderer Fokus liegt auf dem psychologischen Konflikt, der durch die Doppelrolle des Staatsanwalts als Strafverfolger und als objektives Organ der Rechtspflege entsteht.

Durch rechtsvergleichende Analysen mit den Systemen der Schweiz und der USA wird aufgezeigt, wie andere Länder mit der Befangenheit von Staatsanwälten umgehen. Auf dieser Grundlage entwickelt die Arbeit konkrete Vorschläge für gesetzgeberische Maßnahmen und Verfahrensänderungen, die die Unparteilichkeit und Fairness im Strafprozess stärken sollen.

Ich hoffe, dass diese Arbeit einen Beitrag zur aktuellen Diskussion leistet und Impulse für zukünftige Reformen im Strafprozessrecht gibt. Mein Dank gilt meiner Betreuerin, Prof. Dr. Janique Brüning, für ihre wertvollen Anregungen und die Unterstützung während der Entstehung dieser Dissertation sowie all denjenigen, die mir über die gesamte Zeit des Promotionsvorhabens Kraft, Durchhaltvermögen und Selbstvertrauen zur Umsetzung der Arbeit gegeben haben.

Düsseldorf, den 14. Juli 2024

Hendrik Philipp Nowak

Inhaltsverzeichnis

Einleitung und Gang der Untersuchung	13
A. Einleitung	13
B. Gang der Untersuchung	14

1. Kapitel

Meinungsstand über die Annahme der Befangenheit des Staatsanwalts	15
A. Die Pflicht des Staatsanwalts zur Wahrung der Objektivität	15
I. Literatur	16
II. Rechtsprechung	17
III. Zwischenfazit	18
B. Meinungsstand: Ausschluss und Ablehnung des befangenen Staatsanwalts	19
I. Ausschluss und Ablehnung des Staatsanwalts in der Literatur	19
1. Meinungsstand: Wann ist ein Staatsanwalt befangen?	19
a) §§ 22 ff. StPO analog	20
aa) § 22 Nr. 1 bis 3 StPO	20
bb) § 22 Nr. 4 und Nr. 5 StPO	21
cc) § 23 StPO	22
dd) § 24 Abs. 2 StPO	23
b) Begründung über das Verwaltungsverfahrensgesetz nach §§ 20 ff. VwVfG	26
c) Angepasster Katalog nach § 7 NdsAGGVG	27
d) Angepasster Katalog nach §§ 22 ff. StPO	28
e) Zwischenfazit – Uneinheitliches Meinungsbild mit Klärungsbedarf	29
2. Meinungsstand: Gibt es einen verfahrensrechtlichen Anspruch auf die Beendigung der Mitwirkung eines befangenen Staatsanwalts?	30
a) Kein subjektiver Anspruch	30
b) Subjektiver Anspruch des Betroffenen auf Auswechslung	30
3. Geltendmachung und Durchsetzung des subjektiven Anspruchs	32
a) Anwendung der §§ 22 ff. StPO	32
b) Meldung zum Dienstvorgesetzten	34
aa) Keine gerichtliche Überprüfungsmöglichkeit der Entscheidung des Dienstvorgesetzten	35

bb) Pro Rechtsweg über §§ 23 ff. EGGVG	37
cc) Lösung über das VwVfG	39
c) Zwischenfazit – Uneinigkeit bei Abwehrmöglichkeiten	39
II. Ausschluss und Ablehnung des Staatsanwalts in der Rechtsprechung	40
1. BGH-Entscheidungen in den 60er Jahren	40
2. OLG Hamm, Beschl. v. 24.10.1968 – 1 VAs 142/68	41
3. OLG Stuttgart, Urteil v. 01.04.1974 – 3 Ss 33/74	42
4. OLG Karlsruhe, Beschl. v. 11.01.1974 – 3 VAs 18/73	43
5. BVerfG, Beschl. v. 24.04.1978 – 1 BvR 425/77	44
6. BGH, Urteil v. 25.09.1979 – 1 StR 702/78	44
7. Landgericht Mönchengladbach, Beschl. v. 27.03.1987 – 12 KLS 12/85	45
8. Die Rechtsprechung seit 2000 bis heute	46
9. Zusammenfassung der Rechtsprechung	46
III. Gesetzesentwürfe und Vorschläge	48
1. Niedersachsen	48
2. Baden-Württemberg	49
3. Berlin	49
4. Sachsen-Anhalt	50
5. Zwischenfazit	51
C. Zusammenfassung und Bewertung der aktuellen Behandlung der Befangenheit des Staatsanwalts	52

2. Kapitel

Die Entwicklung der institutionellen Verfahrensrolle des Staatsanwalts und ihre heutige Einordnung

	55
A. Entwicklung der Staatsanwaltschaft in Deutschland bis zur NS-Zeit	55
I. Der Inquisitionsprozess	55
II. Der Anfang der Staatsanwaltschaft	57
III. Deutsches Reich 1871	60
1. Entwürfe der Reichsstrafprozessordnung	60
2. Umsetzung der Reichsstrafprozessordnung	61
3. Entwurf und Umsetzung des GVG	63
IV. Die Entwicklungen durch die Strafrechtsreformkommission 1905	64
V. Entwurf der neuen StPO 1909	65
VI. Reformpläne 1918 bis 1923	66
VII. Emminger-Verordnung 1924	67
VIII. Die Diskussion Ende der zwanziger Jahre	68
B. Die Rolle des Staatsanwalts im Nationalsozialismus	70

C. Die Entwicklung des Staatsanwalts in der Bundesrepublik Deutschland	73
I. Vereinheitlichungsgesetz von 1950	73
II. Strafprozessreform 1975	74
D. Fazit: Die Staatsanwaltschaft als Korrektiv zur Objektivitäts- und Fairnesswahrung	75

3. Kapitel

Die verfassungsrechtliche Stellung des Staatsanwalts und die daraus resultierende Stellung im Strafprozess 77

A. Einordnung der Staatsanwaltschaft im Rahmen der Gewaltenteilung	77
I. Einordnung auf der Grundlage eines materiellen Verständnisses	78
1. Einordnung in die Judikative	78
2. Einordnung in die Exekutive	79
a) Rechtsprechung	79
b) Literatur	80
c) Einordnung in die Exekutive als Organ „sui generis“	81
II. Einordnung auf der Grundlage des strukturellen Verständnisses (Koller)	82
III. Das strukturelle Verständnis als geeignetes Einordnungskriterium	83
IV. Die Auswirkungen der verfassungsrechtlichen Stellung auf die Pflichten des Staatsanwalts auf Ermittlungs- und Hauptverfahren	84
1. Die Begründung der Objektivitätspflicht im Ermittlungsverfahren gem. § 160 Abs. 2 StPO	84
2. Begründung der Objektivitätspflicht auch im Hauptverfahren	85
a) Objektivitätspflicht aus der Strafprozessordnung	85
b) Objektivitätspflicht aus allgemeinen Verfahrensgrundsätzen	86
c) Stellungnahme: Keine Herleitung aus der StPO und kein Rückgriff auf verfassungsrechtliche Grundsätze	87
d) Die Anwendbarkeit von § 33 BeamtStG bzw. § 60 BBG	89
aa) Die dienstrechtliche Stellung des Staatsanwalts	89
bb) Anwendungsbereich und Regelungsgehalt der § 33 BeamtStG bzw. § 60 BBG	90
cc) Auswirkungen auf die Pflichten des Staatsanwalts	91
3. Fazit: Der Staatsanwalt als stets zur Objektivität verpflichteter Exekutivbeamter	93
B. Objektivitätspflicht im Konflikt: Die Doppelrolle des Staatsanwalts	94
I. Die Stellung des Staatsanwalts im Strafverfahren	94
1. Die Stellung als Herrin des Verfahrens im Ermittlungsverfahren	95
a) Einstellungsmöglichkeiten der Staatsanwaltschaft	95
b) Ermittlungsbefugnisse der Staatsanwaltschaft	96
2. Der Staatsanwalt als Anklagevertreter im Hauptverfahren	96

II. Die Objektivitätspflicht im Konflikt mit der institutionellen Voreingenommenheit – der Strafprozess als faktischer Parteiprozess?	98
1. Psychologische Einflussnahme durch Verlesen und Vertreten der Anklage unter Berücksichtigung der alleinigen Entscheidungsmacht des Richters	99
2. Die institutionelle Perspektivität als Konsequenz der Ausgestaltung des Hauptverfahrens	100
3. Der Strafprozess im Vergleich zwischen der normativen „Ist-Situation“ und der tatsächlichen „Ist-Situation“ des Staatsanwalts	101
a) Die normative „Ist-Situation“ des Strafprozesses	101
b) Die Analyse der tatsächlichen „Ist-Situation“ des Strafprozesses vor dem Hintergrund der möglichen institutionellen Parteistellung des Staatsanwalts	104
aa) Der Parteiprozess allgemein	104
bb) Einordnung des Zivilprozesses	105
cc) Einordnung des Verwaltungsprozesses	106
dd) Einordnung des Strafprozesses	106
(1) Grundlagen des Strafprozesses	106
(2) Ablauf des Strafprozesses	107
(3) Ziele des Strafprozesses	108
(4) Zwischenfazit	109
ee) Der Strafprozess im Vergleich zum Zivilprozess	110
(1) Unterschiedliches Ziel und unterschiedlicher Gegenstand	110
(2) Der Staat als Leitfigur des Strafprozesses	111
(3) Keine Disposition	111
(4) Zwischenfazit	112
ff) Der Strafprozess im Vergleich zum Verwaltungsprozess	112
c) Zwischenfazit: Der Strafprozesses ist kein Parteiprozess	113
4. Der Inertia-Effekt: Die Unmöglichkeit der Umsetzung der dem Staatsanwalt normativ zugeschriebenen Rolle als objektiver Strafverfolger	114
a) Der Inertia-Effekt	114
b) Die Übertragbarkeit des Inertia-Effektes auf die Tätigkeit des Staatsanwalts	115
c) Der Inertia-Effekt in der juristischen Literatur	117
d) Auswirkung auf die aktuelle Gesetzeslage	118
5. Rechtsvergleich	120
a) Rechtsvergleich mit der Schweiz	120
b) Rechtsvergleich mit den USA	122
aa) Stellung des Staatsanwalts im amerikanischen Strafprozess	122
bb) Die Befangenheit des Staatsanwalts im amerikanischen Strafprozess	122
cc) Fazit: Keine Duldung der Befangenheit trotz adversatorischer Prozessgestaltung	124

C. Zusammenfassung: der Staatsanwalt als theoretisches Idealbild unter Vernachlässigung der tatsächlichen „Ist-Situation“	125
---	-----

4. Kapitel

Lösungsvorschlag zur praktischen Handhabung des befangenen Staatsanwalts

127

A. Gesetzliche Anknüpfungspunkte zur Bewertung eines befangenen oder befangen erscheinenden Staatsanwalts	127
I. Eingeschränkte Übertragbarkeit der §§ 22 ff. StPO	127
1. Maßstab der §§ 22 ff. StPO	128
a) § 22 Nr. 1 bis 3 StPO	129
b) Vortätigkeit des Richters nach § 22 Nr. 4 StPO	131
c) Vernehmung als Zeuge oder Sachverständiger, § 22 Nr. 5 StPO	133
d) Ausschließung eines Richters wegen Mitwirkung an der angefochtenen Entscheidung, § 23 StPO	134
2. (Besorgnis der) Befangenheit nach § 24 StPO	135
a) Objektive Umstände	135
b) Subjektive Umstände	136
aa) Persönliche Einstellungen des Richters	136
bb) Vorbefassung und Wertung	137
cc) Äußerungen und weiteres Verhalten	138
c) Übertragung auf den Staatsanwalt	139
aa) Struktureller Unterschied zwischen Judikative und Exekutive	139
bb) Übertragung des § 24 Abs. 2 StPO auf den Staatsanwalt unter Berücksichtigung der strukturellen Unterschiede zwischen Judikative und Exekutive	140
II. Fazit: Eingeschränkte Übertragbarkeit der §§ 22 ff. StPO als Indikator für einen neuen Lösungsweg	141
B. Appell an den Gesetzgeber: Schaffung gesetzlicher Befangenheitsregelungen	142
C. Verfahrensänderungen im Ermittlungs- und Hauptverfahren	143
I. Die Sicherstellung eines objektiven Ermittlungsverfahren durch Anpassung der Verfahrensstruktur	143
1. Änderung der Verfahrensstruktur aufgrund des Prinzips der Waffengleichheit gem. Art. 6 Abs. 1 EMRK	144
a) Prinzip der Waffengleichheit allgemein	144
aa) Gleichwertige Verteidigerrechte	145
bb) Erweiterung der Rechte bei Zeugenvernehmungen	146
(1) Aktuelle Situation	147
(2) Verbesserung durch kontradiktorische Vernehmung	148

(3) Befugnis zum Aussagezwang	150
cc) Stärkung des Beweisantragsrechts	151
b) Zwischenfazit: Die Stärkung der Verteidigerrechte als notwendiges Korrelat zur aktuellen Verfahrensgestaltung	152
2. Anpassung der Richterrolle im Ermittlungsverfahren	153
Exkurs: Anpassung an die Europäische Staatsanwaltschaft	154
3. Fazit: Herstellung einer Balance zwischen Staatsanwalt und Verteidiger im Sinn des fairen Verfahrens	155
II. Verfahrensänderungen für das Hauptverfahren	156
1. Parteiähnliche Stellung im Hauptverfahren	157
2. Bestehende Prozessgrundsätze vor dem Hintergrund des adversatorischen Ermittlungsverfahrens	157
a) Recht auf ein faires Verfahren gem. Art. 6 Abs. 1 EMRK, Art. 20 Abs. 3 GG	158
aa) Das Recht auf ein faires Verfahren allgemein	158
bb) Konkretisierung durch die Objektivitätspflicht des Staatsanwalts	159
b) Materielle Wahrheitsfindung	160
3. Gestaltungsvorschlag	161
a) Kontradiktorische Beweisaufnahme durch Staatsanwalt und Verteidiger ..	161
aa) Rolle des Staatsanwalts durch gesetzlich legitimierte Einseitigkeit ...	162
bb) Inquisitorische Handlungsmöglichkeiten des Richters	163
b) Vernehmung des Angeklagten	164
c) Die Eignung des Vorschlags für das strafprozessuale Ziel der Wahrheitsfindung	166
III. Zwischenfazit: Verfahrensoptimierung durch das Zusammenbringen von inquisitorischer und adversatorischer Prozessform	167
D. Gesamtfazit	168
E. Ausblick	169
Literaturverzeichnis	171
Anhang	183
Sachwortverzeichnis	199

Einleitung und Gang der Untersuchung

A. Einleitung

Der Staatsanwaltschaft wird häufig als „objektivste Behörde der Welt“ bezeichnet. Diese These ist ihrem Grundgedanken nach in der Strafprozessordnung in § 160 Abs. 2 StPO normativ verankert. Dieser legt fest, dass die Staatsanwaltschaft im Rahmen des Ermittlungsverfahrens neben belastenden Umständen auch entlastende Umstände ermitteln muss.

Fraglich ist jedoch, welche Konsequenz es hat, wenn Staatsanwälte in ihrer Amtsausübung gar nicht objektiv agieren, sondern sie befangen, also voreingenommen und perspektivisch handeln. Diesbezüglich fehlen für den Staatsanwalt im Vergleich zu vielen anderen Prozessbeteiligten (z. B. Richter oder Protokollführer) entsprechende gesetzlich Regelungen. Seit mehreren Jahrzehnten wird daher die Problematik dieser Regelungslücke hinsichtlich Befangenheit des Staatsanwalts in Literatur und Rechtsprechung thematisiert, wobei bisher überwiegend rechtstechnisch und normativ argumentiert worden ist.¹ So wird mitunter eine analoge Übertragung der richterlichen Befangenheitsvorschriften befürwortet² oder eine Anwendung verwaltungsrechtlicher Vorschriften³ in Erwägung gezogen. Neben der Frage, ob und gegebenenfalls welche gesetzgeberische Lösung in Betracht kommen kann, stellt sich die Frage, inwieweit die Verfahrensrolle des Staatsanwalts unter Berücksichtigung der psychologischen Situation eine grundlegende Änderung der Verfahrensstruktur erfordert.

Beachtlich ist dabei die Doppelrolle des Staatsanwalts als Strafverfolger einerseits und objektivem Organ der Rechtspflege andererseits. Im Kern birgt diese Verfahrensrolle des Staatsanwalts erhebliches (psychologisches) Konfliktpotential. Es stellt sich daher die Frage, ob die Rolle des Staatsanwalts grundsätzlich die Gefahr einer institutionellen Befangenheit mit sich bringt, mit der Folge, dass über eine grundlegende Anpassung des Strafverfahrens nachzudenken ist. Die Arbeit verfolgt daher die Klärung, wie konfliktbehaftet sich das Verhältnis zwischen geforderter Objektivität und der tatsächlichen Verfahrensrolle darstellt und wie aus dieser Konfliktsituation heraus Voraussetzungen zur Annahme der Befangenheit des

¹ Z. B. *Schairer*, Ausschuß und Ablehnung; *Hackner*, in: Der befangene Staatsanwalt im deutschen Strafverfahrensrecht; *Reinhardt*, Der Ausschuß; *Hilgendorf*, StV 1996, S. 50 ff.; *Wilms*, Anwendbarkeit.

² Siehe Kap. 1 B.I.1.a).

³ Siehe Kap. 1 B.I.1.b).

Staatsanwalts begründet werden können. Ziel der Arbeit ist es daher, den gesetzlich nicht geregelten Fall der Befangenheit des Staatsanwalts vor dem Hintergrund der institutionell psychologischen Situation des Staatsanwalts in seiner doppelfunktionalen Rolle darzustellen und unter dem Anknüpfungspunkt einer rechtspsychologischen Argumentation eine praxistaugliche Lösung zu erarbeiten.

B. Gang der Untersuchung

Diese Arbeit beleuchtet die verschiedenen Ansichten über die gesetzliche Grundlage der Befangenheit, sowie über den Ausschlussanspruch der Betroffenen gegenüber dem befangenen Staatsanwalt, um eine Bewertung dieser Auffassungen vorzunehmen und im eigenen Lösungsansatz alle Aspekte der bisherigen Auffassungen aufzuarbeiten und zu verwerten.

Im ersten Kapitel wird zunächst der Meinungsstand der bisherigen Diskussionen hinsichtlich der Befangenheit des Staatsanwalts aufgezeigt. Dabei werden insbesondere die Meinungen zur Objektivitätspflicht des Staatsanwalts, zu der Annahme seiner Befangenheit sowie Abwehrmöglichkeit gegen den befangenen Staatsanwalt dargestellt. Nach der Darstellung des Meinungsstandes wird im 2. Kapitel ein historischer Blick auf die Entwicklung der Institution der Staatsanwaltschaft geworfen, um Sinn und Zweck der Einführung der Staatsanwaltschaft und das ursprüngliche Rollenverständnis und dessen historische Veränderungen mit dem heutigen Verständnis der Staatsanwaltschaft zu vergleichen.

Im 3. Kapitel erfolgt die verfassungsrechtliche Einordnung der Staatsanwaltschaft und der Vergleich mit der tatsächlichen institutionellen Einordnung. Die ausführliche Darstellung verdeutlicht den psychologischen Konflikt des Staatsanwalts aufgrund seiner verfassungsrechtlichen Position und der damit einhergehenden Pflichten sowie seiner tatsächlichen Aufgaben. Dabei wird auch der „Inertia-Effekt“ thematisiert, der die Auswirkungen auf die psychische Konfliktsituation des Staatsanwalts verdeutlicht und für die Bewertung der Befangenheit des Staatsanwalts von erheblicher Bedeutung ist. Zudem werden in einem Rechtsvergleich die Rechtsordnungen der Schweiz und der USA betrachtet, wobei die psychologischen Auswirkungen auf den Staatsanwalt in seiner Verfahrensrolle berücksichtigt werden.

Den Abschluss der Arbeit bildet das 4. Kapitel, das Lösungsansätze präsentiert, die sowohl die ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung des Staatsanwalts als auch dessen institutionelle Verfahrensrolle vor dem Hintergrund der Befangenheit umfassen.

1. Kapitel

Meinungsstand über die Annahme der Befangenheit des Staatsanwalts

Darzustellen sind die Indikatoren, die als Voraussetzungen für die Befangenheit des Staatsanwalts angenommen werden und die Gründe, die sich mit dem möglichen Anspruch auf Ausschluss eines befangenen Staatsanwalts aus einem Ermittlungs- oder Hauptverfahren auseinandersetzen.¹ Die Verpflichtung des Staatsanwalts, objektiv und unvoreingenommen zu handeln ergibt sich aus dem Objektivitätspostulat, welches in § 160 Abs. 2 StPO verankert ist. Trotz der Verpflichtung sah Gesetzgeber keinen Anlass, Befangenheitsgründe für den Staatsanwalt gesetzlich zu verankern, wie dies bei anderen Amtsträgern im justiziellen und behördlichen Bereich bereits der Fall ist, wie beispielsweise bei Schöffen und Urkundsbeamten nach § 31 StPO.² Aufgrund der fehlenden gesetzlich normierten Befangenheitsgründe wurden alternative Möglichkeiten entwickelt, um diese vermeintliche „Lücke“ zu schließen, Befangenheitsgründe zu deklarieren und die Tätigkeit eines befangenen Staatsanwalts zu verhindern.³

A. Die Pflicht des Staatsanwalts zur Wahrung der Objektivität

Wie einleitend aufgezeigt, ist die Voraussetzung dafür, überhaupt eine Befangenheit in Betracht zu ziehen, dass der Staatsanwalt die Pflicht hat, unparteiisch und objektiv zu arbeiten. Befangenheit bedeutet eine voreingenommene oder parteiliche

¹ Für eine analoge Anwendung des § 24 StPO zum Beispiel *Arloth*, in: NJW 1983, 207, 209; *Frisch*, in: FS-Bruns, S. 412 f. (beschränkt auf die Zeitpunkte vor der Anklageerhebung); *Hackner*, in: Der befangene Staatsanwalt im deutschen Strafverfahrensrecht, S. 186 f.; *Wohlers*, in: SK-StPO, § 145 GVG, Rn. 24; *Kretschmer*, in: Jura 2004, 452, 456 f.; *Schairer*, Ausschuß und Ablehnung, S. 146 ff.; *Wohlers*, GA 2006, 403, 405 f.

² *Bockemühl*, in: KMR-StPO, Vor § 22, Rn. 3; *Wilms* Anwendbarkeit, S. 61, jeweils mit Bezug auf *Hahn*, Mat. I, S. 93.

³ Beispielhaft: Für eine analoge Anwendung der §§ 22 ff. StPO zur Begründung der Befangenheitsumstände beispielsweise *Pawlik*, in: NSTZ 1995, 309, 311; *Arloth*, in: NJW 1983, 207, 209; zur Heranziehung des VwVfG zur Begründung der Befangenheitsumstände *Reinhardt*, Der Ausschuß, S. 119 ff.; für einen eigenen, auf den Staatsanwalt angepassten Katalog von Befangenheitsumständen *Schairer*, Ausschuß und Ablehnung, S. 61.